



Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

EU-Wahlkandidatur von ÖXIT EU-AUSTRITT FÜR ÖSTERREICH knapp verpaßt. Aber weitere politische Kräfte für den ÖXIT gewonnen!

Liebe Leser, liebe Freunde des ÖXIT!

Die letzten zwei Monate bedeuteten für die Mitarbeiter der „Initiative Heimat & Umwelt“ eine sehr intensive Arbeitsphase. Große Aussendungen, Flugblatt-Aktionen, zahlreiche Info-Stand-Kundgebungen, Medienarbeit. Zwischen 26. März und 26. April 2024 mußten uns behördlich bestätigte Unterstützungserklärungen für den Antritt bei der EU-Wahl mit der Post zugeschickt oder bei den Info-Ständen übergeben werden. Leider haben wir die gesetzlich geforderte Anzahl von 2.600 knapp verfehlt und stehen daher nicht am Stimmzettel. Angesichts des kurzen Zeitraums, der beschränkten Mittel, mit denen wir die Bürger erreichen konnten, und des kompliziert gestalteten Verfahrens, ist das viel und wir bedanken uns an dieser Stelle herzlich bei allen, die uns unterstützt haben.

Viele der Probleme, die durch die Politik der EU verursacht wurden, verschwinden durch den Öxit automatisch, andere können nach dem Öxit endlich angegangen werden. Mehr dazu auf den nächsten Seiten. Wir werden jedenfalls weiter Aufklärungsarbeit leisten und mit anderen Gruppierungen zusammenarbeiten, soweit möglich. Die große „Entdeckung“ dieser Unterstützungskampagne waren

für uns zwei neue Partner, die sich beide in der Arbeit mit uns sehr bewährten, sowohl politisch-inhaltlich als auch im menschlich fairen und konstruktiven Umgang untereinander. Die seit 2022 bestehenden „**Freisinnigen**“ mit ihrem Obmann **Mag.**



Christian Ebner, der sich auch der Aufgabe des Spitzenkandidaten für „ÖXIT EU-AUSTRITT FÜR ÖSTERREICH“ stellte. Und die schon länger bestehende „**Christliche Partei Österreichs**“ mit ihrem Sprecher **Dr. Rudolf Gehring**, die erstmals offen für den Öxit eingetreten ist. Das sind Hoffnungen für die Zukunft. In immer mehr „Lagern“ wird der ÖXIT befürwortet. Von beiden finden Sie in dieser WEGWARTE einen Artikel

zum besser Kennenlernen. Wir haben in dieser Intensiv-Arbeitsphase gesehen, daß man auch mit Kräften sehr gut zusammenarbeiten kann, die in manchem unterschiedliche Standpunkte haben als man selber, die aber ein gemeinsames größeres Ziel eint. Zur weiteren Entwicklung des ÖXIT-Bündnisses siehe:

www.oexit.me

Inge Rauscher, Obfrau der „Initiative Heimat & Umwelt“, Mitglied des ÖXIT-Bündnisses

Zu ergänzen ist noch: Die wichtigste Maßnahme zur Erleichterung des Amtsweges zur behördlichen Bestätigung der Unterstützungserklärung für neu antretende Parteien liegt klar auf der Hand. Was bei Volksbegehren seit 2018 (!) aufgrund der Errichtung des zentralen Melderegisters, das jeder Gemeinde zugänglich ist, möglich ist, sollte auch für Wahlen gelten. Damit könnte jeder Unterstützer in **jedem beliebigem Gemeindeamt oder magistratischen Bezirksamt**, wo er/sie gerade unterwegs ist, eine Unterstützungserklärung bestätigt bekommen, nicht nur in der Hauptwohnsitzgemeinde. Die Benachteiligung für Zweitwohnsitzer, berufstätige Pendler, Studenten aus anderen Bundesländern, und alle sonstigen nicht

Inhaltsverzeichnis:

Warum wir für den ÖXIT sind	Seite 2
Wachstumszahlen in Großbritannien	Seite 3
EU-Parlament stimmt gegen das Leben	Seite 3
Offener Brief an Bundeskanzler Nehammer	Seite 4
Schweiz stimmt für Referendum	Seite 5
15 Nationen gegen WHO-Machtergreifung	Seite 6
Bedeutung der immerwährenden Neutralität	Seite 7
Termine und Veranstaltungen	Rückseite

Bei der EU-Wahl am 9. Juni wird keine österreichische Partei am Stimmzettel stehen, die den EU-Austritt und damit eine glaubwürdige NEUTRALITÄT befürwortet - weder die FPÖ und schon gar nicht die DNA. Obwohl laut Meinungsumfragen 29 % der Österreicher für den ÖXIT sind.

ortsgebunden Tätigen würde endlich wegfallen. Aber das will das bestehende Parteienkartell nicht

Dazu kamen andere Behördenprobleme. Ein besonders unrühmliches Beispiel dafür ist **Linz**. Dort hat man im „Bürgerservice“ abgelehnt, von uns an alle Gemeinden zugeschickte Unterstützungsformulare den Bürgern auf Ersuchen auszufolgen. Sogar bei persönlicher Zurverfügungstellung dieser Formulare durch uns an alle Schalterbeamten hat man deren Annahme verweigert! Im ebenfalls „roten“ **Wien** hat die zuständige Abteilung diese For-

mulare von den Wahlparteien sogar extra zur Ausfolgung an die Bürger in allen magistratischen Bezirksämtern angefordert! Die Handhabung dort war völlig korrekt.

In Linz erfuhren wir noch eine andere „Spezialität“. Neuerdings soll dort offenbar verunmöglicht werden, daß Bürger sich im Bereich rund um das Rathaus versammeln dürfen, um u.a. Wahlinformationen unters Volk zu bringen. Die weitläufigen Arkadengänge rund ums Rathaus sowie der Vorplatz seien nämlich **privatisiert** worden und gehören einer Firma. Es

dürfen dort zwar hunderte Bürger täglich durchgehen, aber Versammlungen wie Info-Stand-Aktionen seien „Besitzstörung“, obwohl sie niemanden behindern und Platz genug für alle anderen Aktivitäten bleibt, keinerlei Lärm oder Verunreinigungen erzeugt werden. Eine einschlägige Klage der Stadt Linz gegen zwei Versammlungsleiterinnen von ÖXIT ist beim Bezirksgericht Urfahr anhängig Auch so kann man in einer „Demokratie“ die freie Meinungsbildung der Bürger einschränken! Gehört das Rathaus Linz überhaupt noch den Bürgern, die dafür Steuern zahlen?

Warum wir für den ÖXIT sind. von Mag. Christian Ebner

Die Österreicher sollen darüber abstimmen dürfen, ob sie diese EU noch wollen, weil sie so völlig anders ist als jene, die uns versprochen wurde. Wir sehen die Zukunft Österreichs in Gefahr, denn die EU ist nicht mehr reformierbar!

Die Partei **Freisinnige** will den ÖXIT, weil die sozialistisch geprägte regulierungswütige EU unser Steuergeld aus dem Fenster wirft, die persönliche und unternehmerische Freiheit immer mehr reduziert und das Privateigentum aushöhlt. Darüber hinaus reduzieren der weiche Euro und die Inflation unseren Wohlstand.

Das überwuchernde EU-Recht reduziert immer mehr die demokratische Selbstbestimmung, da das österreichische Parlament nur Gesetze beschließen darf, die mit dem EU-Recht vereinbar sind. Beispielsweise belastet uns die unbeschränkte Asyl-Zuwanderung massiv, aber Österreich darf keine Gesetze beschließen, um diese zu stoppen.

Weiters höhlt die Politik der EU Österreichs Neutralität immer mehr aus.

Nach dem ÖXIT wird Österreich freier, wohlhabender und demokratischer sein. Dies basiert auf folgenden Säulen:

- Mit dem ÖXIT würden die EU-Verordnungen, die EU-Grundrechtecharta und die Europäische Sozialcharta automatisch außer Kraft treten. Wir haben wieder die Freiheit, österreichische Gesetze, die auf EU-Richtlinien basieren, zu ändern. Schengen und die Personenfreizügigkeit der EU enden.



Mag. Christian EBNER, Obmann der „Freisinnigen“ und Sprecher des ÖXIT-Bündnisses

- Am Tag nach dem EU-Austritt könnte der **Wiederbeitritt zur EFTA** erfolgen. Diese bietet einen gemeinsamen Markt ohne gemeinsame Politik und so wie die EU Freihandelsverträge mit Ländern aus aller Welt.

- Wie Großbritannien werden wir einen **Freihandelsvertrag mit der EU** abschließen.

- **Wiedereinführung einer österreichischen Währung**, welche wie der Schweizer Franken eine Hartwährung sein wird.

In der Folge kommen wir in den Genuß **weiterer Vorteile:**

- Der größte Bürokratie-Abbau der österreichischen Geschichte wird zur Folge haben, daß Private und Unternehmen deutlich mehr Freiheit und niedrigere Kosten haben.

- Die EU-rechtlichen Einschränkungen der österreichischen Neutralität würden wegfallen.

- Niedrige Inflation.

- Wir können wieder selbst entscheiden, wer unter welchen Bedingungen zuwandern darf und wir können illegale Einwanderung unterbinden.

- Der überzogene CO2-Fetischismus der EU entfällt, wir können einen sinnvollen Umweltschutz betreiben.

Mag. Christian EBNER, Jahrgang 1970, ist aufgrund eines schweren Schicksalsschlages vor fünf Jahren verwitwet und Alleinerzieher einer 13-jährigen Tochter und Vater eines 31-jährigen Sohnes.

Ausbildung: Volksschule, Gymnasium, Wehrdienst, Studium der Betriebswirtschaft an der WU-Wien.

Berufserfahrung: ELPIS Consulting GmbH, BZÖ-Generalsekretär, Ebner Biz Consulting GmbH, ECOS Venture Capital Beteiligungs AG, applied international informatics AG, Focus Software Consult GesmbH, Ghiselli - LP - International S.rl

Diverse Funktionen:

2013–2022 Obmann von Free Markets AG, einer parteiunabhängigen Interessensvertretung für Unternehmer und Manager, von 2015–2020 gewähltes Mitglied des Fachgruppenausschusses UBIT (Unternehmensberatung, Buchhaltung, IT) in der Wirtschaftskammer Wien, von 2011-2013 Wirtschaftssprecher des BZÖ Niederösterreich.

Webseite: <https://freisinnige.at>

Wirtschaftsforscher korrigieren Wachstumsszahlen für Großbritannien nach oben.

Eine der hartnäckigsten Medien-Mythen ist die Behauptung, daß es „den Engländern“ nach dem Brexit, der Anfang Jänner 2020 inkraft trat, angeblich viel schlechter ginge als vorher. Lesen Sie hier die Fakten, entnommen dem „Handelsblatt“ (Auszug).

London. Die britische Wirtschaft hat sich von der Pandemie schneller erholt als gedacht und steht damit besser da als die Volkswirtschaften Deutschlands und Frankreichs. Nach Angaben des staatlichen Office for National Statistics (ONS) war das Bruttoinlandsprodukt Großbritanniens im zweiten Quartal 2023 zwei Prozent größer als zuvor geschätzt.

Damit liegt die Wirtschaftsleistung 1,8 Prozent über dem Niveau des vierten Quartals 2019. Das

entspricht einer zusätzlichen Wirtschaftsleistung von rund zehn Milliarden Pfund (umgerechnet etwa 11,5 Milliarden Euro). Zum Vergleich: Die deutsche Wirtschaft liegt nur 0,2 Prozent über dem Vorkrisenniveau und Frankreich 1,7 Prozent.

Grund für die erhöhte Wirtschaftsleistung ist ein deutlich stärkeres Wachstum im Jahr 2021, als die Wirtschaft Großbritanniens um 8,7 Prozent zulegen konnte; geschätzt hatten die Statistiker zuvor ein Plus von 7,6 Prozent. Sie korrigierten auch das Wirtschaftswachstum im ersten Quartal 2023 von 0,1 auf 0,3 Prozent nach oben.

Der britische Schatzkanzler Jeremy Hunt erklärte: „Die heute veröffentlichten Daten beweisen einmal mehr, dass die Zweifler unrecht haben.“ Der Internationale Währungsfonds

(IWF) sage zudem voraus, daß Großbritannien längerfristig stärker wachsen werde als Deutschland, Frankreich und Italien.

Fehleinschätzung über Großbritannien

Britische Medien feierten den statistischen Aufschwung mit einem Schuss Schadenfreude in Richtung Deutschland. „Deutschland erneut Europas ‚kranker Mann‘“ berichtete zum Beispiel die Londoner Tageszeitung „The Times“.

Zuvor galt Großbritannien bei vielen Ökonomen und Politikern als wirtschaftlicher Schwächling innerhalb der sieben führenden Industrienationen (G7). Das Urteil basierte jedoch auf einer Fehleinschätzung.

Quelle: <https://rb.gy/hcarvb>

EU-Parlament stimmt gegen das Leben!

von Dr. Rudolf Gehring

Am 11.4.2024 wurde im EU-Parlament mit hoher Mehrheit dafür gestimmt, **dass Abtreibung als „Menschenrecht“ in die EU-Grundrechtecharta aufgenommen** werden soll. Das Ziel ist, dass die Mitgliedstaaten in ihren Ländern, also auch in Österreich, dieses unheilvolle Recht auf Abtreibung einführen.

Damit hat die Abtreibungslobby den nächsten Schritt gegen das Leben gesetzt. Die Kultur des Todes greift immer mehr um sich.

Das Töten wird zu einem Menschenrecht pervertiert!

Es gibt nur ein **Menschenrecht auf Leben**, aber es darf niemals ein (Menschen-)Recht zum Töten Ungeborener geben! Das Lebensrecht steht über allen anderen Grund- und Freiheitsrechten.

In der EU ist der Respekt vor dem Leben völlig verloren gegangen, denn ständig wird von Aufrüstung und Krieg gesprochen, wobei offensichtlich der Tod vieler Menschen in Kauf genommen wird.



Dr. Mag. Rudolf Gehring,
Mitbegründer der „Christlichen Partei Österreichs“ (CPÖ)

Das Töten ungeborener Kinder, das Töten in einem Krieg und das Töten durch Euthanasie sind schwere Vergehen gegen die Menschenrechte.

Die Forderung nach einem **EU-Austritt** für Österreich ist daher ein wesentlicher Schritt, um das sinnlose Töten zu verhindern und das Leben vom Beginn bis zu seinem natürlichen Ende zu schützen!

Mutter Teresa war bekannt für ihre entschiedene Haltung gegen die

Abtreibung. Sie betrachtete Abtreibung als einen tiefgreifenden Angriff auf das unschuldige Leben und eine Missachtung des unveräußerlichen Werts jedes menschlichen Lebens.

Bei der Verleihung des **Friedensnobelpreises** im Jahr 1979 sagte sie in ihrer Rede:

„Der größte Zerstörer des Friedens ist heute der Schrei des unschuldigen, ungeborenen Kindes. Wenn eine Mutter ihr eigenes Kind in ihrem eigenen Schoss ermorden kann, was für ein schlimmeres Verbrechen gibt es dann noch, als wenn wir uns gegenseitig umbringen?“

Mit dem Beschluss gegen das Leben zeigt die EU neuerlich, dass sie keine Gemeinschaft des Friedens ist.

Dr. Mag. Rudolf GEHRING, Jahrgang 1948, ist verheiratet und hat vier Töchter und 13 Enkelkinder.

Ausbildung:

Volksschule, Gymnasium, Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Wien, Bundesheer in Salzburg – Wals/Siezenheim

Fortsetzung auf Seite 4

Berufserfahrung:

Verwaltungsjurist und viele Jahre politisch auf Gemeinde- und Landesebene engagiert, derzeit als Unternehmer im Immobilienbereich (Verwaltung, Beteiligungen) tätig.

Politische Aktivitäten:

2008 Mitbegründer der CHRISTLICHEN PARTEI

ÖSTERREICHS (CPÖ), derzeit Leiter der Christlichen Akademie für Politik und Gesellschaft. 2010 Kandidat bei der Bundespräsidentenwahl.

Initiator mehrerer Volksbegehren, Parlamentarischer Bürgerinitiativen und Petitionen.

Webseite: www.christlichepartei.at

Offener Brief an Bundeskanzler Karl Nehammer

Kiews Drohung, Österreichs Energiesicherheit zu gefährden.

von Dr. Hannes Hofbauer

Die österreichische Energiesicherheit ist gefährdet. Denn die Ukraine droht, den Transit von russischem Erdgas nach Österreich ab 2025 zu stoppen. Publizist Hannes Hofbauer hat Kanzler Karl Nehammer deshalb ein Schreiben übermittelt. Denn die österreichische Politik müsse handeln.

Der Brief, der diese Woche an das Bundeskanzleramt gegangen ist:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, im Herbst 2023 kündigte der Chef des ukrainischen Energiekonzerns Naftogas Olexij Tschernyschow an, mit Ende Dezember 2024 den Transit russischen Erdgases durch die Ukraine stoppen zu wollen. Österreichs Gasversorgung hängt im Frühjahr 2024 zu über 90% von genau diesem Gas ab, das seit 1968 verlässlich nach Baumgarten fließt. Mir sind bisher keine Bemühungen von österreichischer Seite bekannt, die Ukraine von diesem Vorhaben abzubringen. Es wäre indes höchst an der Zeit.

Mit diesem Schreiben erlaube ich mir, Sie an Möglichkeiten zu erinnern, die Gefährdung der österreichischen Energiesicherheit durch die im Krieg mit Russland befindliche Ukraine abzuwehren. Dazu bitte ich Sie, die folgenden fünf Maßnahmen in Erwägung zu ziehen.

1 Einbestellung des ukrainischen Botschafters durch Außenminister Alexander Schallenberg, um dem Botschafter unsere Lage auseinanderzusetzen und die Bedeutung russischen Erdgases für Österreich

hervorzuheben. Dabei müsste auch klargestellt werden, dass gute zwischenstaatliche Beziehungen, wie sie zwischen Österreich und der Ukraine bestehen und weiter wünschenswert sind, nicht einseitig zuungunsten eines Partners ausgenutzt werden dürfen. Es kann nicht sein, dass Österreich hunderte Millionen Euro an Hilfgeldern für die Ukraine ausgibt und Zigtausende ukrainische Flüchtlinge beherbergt und unterstützt, und gleichzeitig die Ukraine Österreich von seiner wichtigsten Energiequelle abschneidet.

2 Starten einer diplomatischen Offensive in Richtung Budapest und Bratislava (sowie Rom), um eine gemeinsame Position gegen das Vorhaben Kiews zustande zu bringen. Vor allem Ungarn und die Slowakei sind in ähnlichem Ausmaß wie Österreich von russischem Gas abhängig, das über die Ukraine in unsere Länder geführt wird.

3 Werben um Verständnis für Österreichs Position in Brüssel. In dieser Hinsicht könnte sich nach den Europawahlen Anfang Juni 2024 die eine oder andere Möglichkeit eröffnen, die EU-europäische Ostpolitik nicht einzig und allein auf einer Gegnerschaft zu Russland aufzubauen. Weder die EU noch einzelne Staaten und schon gar nicht Österreich befinden sich im Krieg mit Russland. Auch hier wäre es notwendig, die Verantwortlichen daran zu erinnern, dass zwischenstaatliche Beziehungen von gegenseitigem Respekt und einer Ausgewogenheit der Interessen bestimmt sein sollten. Milliarden-Hilfen in Richtung Kiew können dort nicht mit Eingriffen z.B. in die Energie-Infrastruktur beantwortet werden,

die für mehrere EU-Staaten äußerst schädlich sind.

4 Kommunizieren des ukrainischen Vorhabens ohne die seit ein paar Jahren üblichen anti-russischen Einlassungen. Es ist nicht Moskau, das die Gasversorgung Österreichs unterbricht, sondern Kiew, das – nebenbei bemerkt – gut an den Transitgebühren verdient.

5 Kommunizieren potenzieller österreichischer Mittel, seine energiepolitischen Interessen gegenüber der Ukraine zu wahren. Dies sollte im Rahmen einer medialen Offensive geschehen. Österreich könnte im Gegenzug zu dem von Kiew beabsichtigten unfreundlichen Akt seine Hilfe für die Ukraine aussetzen, eine verstärkte Prüfung der Hilfen für ukrainische Flüchtlinge ankündigen und seine Stimme (ev. gemeinsam mit Ungarn und der Slowakei) in EU-Gremien einbringen, um weitere Sanktionen gegen Russland, die seit zehn Jahren nicht den gewünschten Erfolg bringen, zu verhindern sowie bestehende Sanktionen schrittweise abzubauen.

Ich hoffe, dass Sie mit meinen Ideen zur Wahrung österreichischer energiepolitischer Interessen etwas anfangen können und verbleibe hochachtungsvoll

**Dr. Hannes Hofbauer,
Publizist & Verleger,
hofbauer@mediashop.at
17. April 2024**

.....

Dieser „Offene Brief“ wurde durch mehrere Alternativmedien verbreitet, u.a. durch tkp.at und „selbstbestimmtes österreich“.

Die Schweiz setzt ein starkes neutralitätspolitisches Zeichen: Über 130.000 beglaubigte Unterschriften für ein Referendum!

Und im Unterschied zum EU-Staat Österreich, in dem Volksbegehren nicht zwingend zu Volksabstimmungen führen, deren Ergebnis für die Regierung bindend ist, ist das in der direktdemokratischen Schweiz sehr wohl so. Diese weit über der vorgeschriebenen Anzahl von 100.000 eingereichten Unterschriften werden zu einer **bindenden Volksabstimmung** führen! Der Erhalt der direkten Demokratie war auch einer der Hauptgründe, warum die Schweizer in zwei Volksabstimmungen den Beitritt zur EU abgelehnt haben.

Insgesamt wurden sogar 180.000 Unterschriften erreicht, es konnten aber aus zeitlichen Gründen nicht mehr alle beglaubigt werden. Für die Sammlung der Referendums-Unterschriften haben die Schweizer 1,5 Jahre Zeit; die Volksinitiative wurde am 8. November 2022 gestartet und am 11. April 2024 in der Bundeskanzlei mit 132.780 beglaubigten Unterschriften mit folgendem Text offiziell eingereicht:

Die Schweizer Neutralitätsinitiative verankert in der Verfassung:

1 Die schweizerische Neutralität ist die **immerwährende, bewaffnete** und umfassende (**integrale**) **Neutralität**.

2 Die Schweiz tritt **keinem Militär- oder Verteidigungsbündnis** bei. Neu beschränkt die BV die Zusammenarbeit mit solchen Militärorganisationen für den Fall eines konkreten Angriffs auf die Schweiz.

3 Die Nichtbeteiligung an fremden Kriegen vor allem durch **nicht militärische Zwangsmaßnahmen**, wird eingeschränkt.

4 Die Initiative verpflichtet die Schweiz, den - dank der schweizerischen Neutralität - bestehenden besonderen Status zu nutzen, um bei Konflikten zu vermitteln und sie zu verhindern bzw. zu lösen. (Sogenannte gute Dienste.)

Wir zitieren im folgendem aus einem anlässlich der Einreichung gehaltenen Kurzreferats des Initianten **Christoph Blocher zur umfassenden, integralen Neutralität**:

Neuerdings wird vor allem die umfassende Neutralität durch die Beteiligung an nicht-militärischen Zwangsmaßnahmen - (im Mittelalter: Brotsperre) - leichtfertig preisgegeben. Insbesondere durch die **Teilnahme an Wirtschafts-sanktionen. Dadurch ist die Schweiz z.B. im Ukraine-Krieg zur Kriegspartei geworden.** Solches ist der Schweiz schon einmal zum Verhängnis geworden:

Am 5. März 1920 trat die Schweiz dem Völkerbund bei, um - wie es im Beitrittsbericht hieß - „die Universalität weiterzuentwickeln“. Die Schweiz durfte zwar die bewaffnete dauernde Neutralität behalten, aber mußte auf die umfassende Form, die integrale Neutralität, insbesondere auf die Nichtübernahme von Sanktionen gegen kriegsführende Staaten verzichten. Das wurde der Schweiz zum Verhängnis!

Im italienisch-äthiopischen Krieg 1936 verpflichtete der Völkerbund die Mitgliedstaaten zu absoluten Wirtschaftssanktionen gegen Italien. Der Schweiz wurde eine Nichtteilnahme durch Berufung auf die integrale Neutralität nicht gestattet. Italien drohte darauf der Schweiz, daß, wenn sie die Sanktionen gegen Italien mitmache, Italien die Schweiz - zumindest den südlichen Teil - besetzen werde. Unser Land wehrte sich beim Völkerbund, trug die Sache schließlich vor den Völkerbundsrat und erhielt - unter der Drohung, sie würde sonst aus dem Völkerbund austreten - die Bewilligung, als Sonderfall wieder zur umfassenden Neutralität zurückzukehren.

Ein kleines Land wie die Schweiz gab 1938 zu, daß die Preisgabe der schweizerischen Neutralität ein Fehler war. Die Schweiz habe sich beim Beitritt in den Völkerbund im Jahre 1920 geirrt. Die Eidgenossenschaft kehrte auf solidem Boden zurück. Seit 1938 wurde die dauernd, bewaffnete, integrale Neutralität wieder gehandhabt, was der Schweiz den Frieden und die Souveränität im Zweiten Weltkrieg sicherte. Die aktuelle Neutralitätsinitiative macht die schweizerische Neutralität wieder glaubwürdig.

Soweit Christoph Blocher. Wir von der IHU finden, daß durch solches historisches Wissen überhaupt erst in der tatsächlichen Realität der existentielle Wert einer immerwährenden Neutralität, die Österreich von der Schweiz dankenswerter Weise 1955 übernommen hat, für einen Kleinstaat erkannt werden kann. So was sollte in unseren Schulen und Universitäten der Jugend vermittelt werden anstatt sie immer mehr auf eine Kriegswirtschaft einzustimmen, die nur Not und Elend bringen wird!

Näheres zur Schweizer Neutralitätsinitiative: <https://neutralitaet-ja.ch/ueber-130000-beglaubigte-unterschriften/>

Dort kann man u.a. lesen:

Für das überparteiliche Initiativkomitee ist der Einreichungserfolg eine starke Botschaft. Gerade in den letzten Monaten übertraf der Eingang an Unterschriften die Erwartungen. Das ist ein starkes Signal, daß die Neutralität der Schweiz nach wie vor ein zentrales Element der Außen-, Innen- und Sicherheitspolitik bleiben muß. Obwohl die Initiative in den meisten Medien totgeschwiegen und von EU-NATO-Turbos als „alter Zopf“ ins Lächerliche gezogen wurde, fand das Begehren rasch Anklang in der Bevölkerung.

NATO-Kurs im VBS befeuerte die Unterschriftensammlung

Die von der VBS-Vorsteherin, Bundesrätin Viola Amherd, mit Hochdruck vorangetriebene NATO-Annäherung weckte die Öffentlichkeit endgültig auf. Statt endlich die grob fahrlässig verursachten Mängel und Ausrüstungslücken in der militärischen Landesverteidigung anzugehen, verstieg sich die VBS-Chefin in einen neutralitätswidrigen NATO-Annäherungskurs. Die Bürgerinnen und Bürger merkten, daß die Schweiz in das militärische Kesseltreiben der NATO geführt werden soll. Die Unterschriftensammlung zugunsten der Neutralitätsinitiative erfuhr einen regelrechten Schub. Für das Komitee ist klar: die Schweizerinnen und Schweizer wollen keinen schleichen NATO-Beitritt!

Der Präsident des Initiativkomitees, alt Nationalrat Walter Wobmann, dankte der überparteilichen **Pro Schweiz**, der SVP und ihren Kantonalparteien, der Lega im Tessin und den vielen Unterschriftensammlerinnen und Unterschriftensammlern für das große Engagement.

Viele Unterschriften in der Suisse romande

Nationalrat Pierre-Andre Page hob die starken Unterschriftenzahlen in den Westschweizer Kantonen hervor.

Gerade Genf zeige, daß die Bevölkerung an den traditionellen Werten wie Friedensdiplomatie und humanitäre Hilfe festhalten wolle. Genf als Sitz des Internationalen Roten Kreuzes und vieler UNO-Organisationen biete auf neutralem Boden eine Plattform für die humanitäre Tradition der Schweiz.

In der Schweiz sind laut Meinungsumfragen 91 % der Bevölkerung für die Beibehaltung der Neutralität. Wir gratulieren unseren Nachbarn zur erfolgreichen Einreichung der Neutralitätsinitiative!

15 Nationen gegen WHO-Machtergreifung

Knapp vor Redaktionsschluß dieser WEGWARTE erschien bei dem sehr informativem Blog **tkp.at** - „Der Blog für Science & Politik“ - ein ausführlicher Artikel mit obigem Titel. Wir können hier nur kurz daraus zitieren. Vorweg weisen wir aber darauf hin, daß sich die EU schon vor längerem gegen ein evtl. Scheitern des WHO-Vertrags und der „Internationalen Gesundheitsvorschriften“ durch den Beschluß des **Projektes HERA** „abgesichert“ hat. Dieses sieht im wesentlichen die gleiche „Gesundheitsdiktatur“ vor. Deshalb genügt der Kampf gegen den WHO-Vertrag eben nicht, es braucht auch den Austritt aus der EU. Das wollen die Politiker, auch neu antretende, nicht wahrhaben! Wir haben in früheren WEGWARTE-Ausgaben darüber informiert, insbesondere aufgrund der Aussagen von **Univ.Dozent Dr.med. Gerd Reuther**. Thomas Oysmüller von tkp schreibt nun am 13.5.2024 dazu:

Wochen vor dem Beginn der WHO-Jahresversammlung in Genf sind die Meinungsverschiedenheiten so deutlich wie nie zuvor.

Schon bei der UN-Generalversammlung im September 2023 hatten elf Nationen erklärt, die WHO-Agenda „Pandemievorsorge“ (=Pandemievertrag und Internationale Gesundheitsvorschriften IHR) **nicht** mitzutragen. Die elf Länder sind: Belarus, Bolivien, Nordkorea, Eritrea, Nicaragua, Iran, Russland, Kuba, Syrien, Venezuela, Simbabwe. Seit September hat sich aber auch im Westen einiges getan. Die **Slowakei** dürfte die WHO-„Reform“ ablehnen. In den **Niederlanden** gilt ein Parlamentsbeschluß, daß die Abstimmung zu verschieben ist, oder wenn das nicht gelingt, mit Nein gestimmt werden muß. Auch in **Kroatien** dürfte es eine Mehrheit gegen die Verträge geben. Auch ein italienischer Senator erklärte, daß **Italien** gegen die Verträge stimmen werde.

Die Journalistin Meryl Nass sieht nicht China hinter der Agenda WHO-„Reform“, sondern die USA und ihre „Verbündeten“ in der EU. Sie schreibt: Werden die Bestechungsgelder ausreichen, um diese Verträge über die Ziellinie zu bringen, nachdem die USA nun bekanntgegeben haben, daß 100 Länder bestochen werden, um ihre Agenda zur Pandemievorsorge zu entwickeln? Wie viel wird es den US-Steuerzahler kosten, daß die Nationen der Welt einer diktatorischen Kontrolle von Pandemien und Gesundheitsinformationen zustimmen? Niemand weiß, was wirklich in den Verträgen steht. Es finden nur „hybride Verhandlungen“ darüber statt (auch bekannt als Kuhhandel in Hinterzimmern).

Der Pandemievertrag benötigt jedenfalls bei der Generalversammlung der WHO, einer UNO-Organisation, eine Zweidrittelmehrheit mit anschließender Ratifizierung in den nationalen Parlamenten, die IHR eine einfache Mehrheit und keine Ratifizierung, allerdings gibt es eine 10-monatige Einspruchsfrist vor der Inkrafttretung. Die nun bekannt gewordene Verzögerung des Pandemievertrages ist auf keinen Fall ein Ruhekissen - wir müssen weiter wachsam bleiben!

Gesamter Artikel: siehe <https://tkp.at/2024/05/13/15-nationen-gegen-who-machtergreifung/>

Warum „WEGWARTE“?

Als Name für unseren, etwa alle zwei Monate erscheinenden Informationsdienst an viele Bürger in allen Bundesländern haben wir die Symbolblume der „Initiative Heimat & Umwelt“ gewählt. Die „Wegwarte“ ist eine zartblau blühende, sperrige, ausdauernde und anspruchslose Wildpflanze. Sie wächst vorwiegend an Straßen-, Weg- und Ackerrändern und ist fast über die ganze Welt verbreitet.

Die „**Initiative Heimat & Umwelt**“ (IHU) ist eine freie und unabhängige Arbeitsgemeinschaft. Seit 33 Jahren werden unsere Aktivitäten **ausschließlich ehrenamtlich** und uneigennützig geleistet. Wir erhalten keinerlei Subventionen; die Finanzierung erfolgt durch **freiwillige Kostenbeiträge** österreichischer Bürger und durch immer wieder beträchtliche private Beiträge der engsten Mitarbeiter.

WIR DANKEN allen moralischen und finanziellen Unterstützern unserer Arbeit ganz herzlich und hoffen, daß es noch viele mehr werden!

BITTE benützen Sie den beiliegenden Erlagschein oder überweisen Sie einen Kostenbeitrag je nach Ihren persönlichen Möglichkeiten von Ihrer Bank aus. Auch in einem Kuvert mitgeschickte Barspenden erreichen uns verlässlich. Gerne würden wir die „Wegwarte“ auch an mögliche Interessenten für unsere Anliegen aus Ihrem Freundes- und Verwandtenkreis senden; bitte geben Sie uns solche Adressen bekannt. Danke im voraus für Ihre Mühe!

Hinweis für Neu- oder Wieder-Empfänger: Erhalten Sie die „Wegwarte“ heute zum ersten Mal oder seit längerem wieder einmal, senden Sie uns bitte einen kleinen Kostenbeitrag. Dann kommen Sie in die Versandliste für jede Ausgabe dieser unabhängigen Zeitschrift ohne Firmen- oder Parteieninserate!

Die Bedeutung der immerwährenden Neutralität für unsere Heimat Österreich.

von Gottfried Pausch, Bundesheer-Oberst i.R.

Die Entscheidung der österreichischen Staatsführung im Oktober 1955, selbstbestimmt zu erklären, immerwährend neutral zu bleiben, in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beizutreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiet nicht zuzulassen, war 69 Jahre lang ein tragfähiges Fundament für Frieden und Freiheit in unserer Heimat und somit auch ein Garant für die prosperierende Entwicklung unseres Landes!

Österreich sollte seine Neutralität, die sich als wirksames Instrument zur Aufrechterhaltung des Friedens im Land und als Fundament für eine aktive Friedenspolitik in Europa und darüber hinaus bestens bewährt hat, fortsetzen und nicht der Versuchung unterliegen, sich dem Militärbündnis NATO zu nähern und damit seine Rolle als Vermittler in Krisenzeiten gänzlich zu verlieren. Das Modell einer zuverlässigen Neutralitätspolitik gewährt uns als Kleinstaat auch im 21. Jahrhundert ein Höchstmaß an Eigenständigkeit und Sicherheit. Dem Gemeinwohl und der Bevölkerung (als Souverän) wird damit am besten gedient!

„Seit Urzeiten hegen die Menschen den Wunsch, den Frieden mit klugen staatlichen Vorkehrungen zu sichern.“ (Zitat von Paul Widmer, S. 23 in <https://www.nzz-libro.ch/paul-widmer-die-schweiz-ist-anders-oder-sie-ist-keine-schweiz-mehr-978-3-907396-40-7>)

Die Regierung in Wien hat am 15. November 2023 im Rahmen des Ministerrates die Absicht bekundet, dass Österreich am geplanten europäischen Luftraumverteidigungssystem „**Sky Shield**“ teilnimmt. Diese NATO-Initiative soll Europa und



somit auch unser Land vor feindlichen Raketenangriffen schützen.

Derzeit haben 17 europäische NATO-Mitgliedstaaten ihre Mitwirkung am Projekt „Sky Shield“ zugesagt, die Koordinierung aller Teilschritte zur Realisierung dieses Vorhabens hat Deutschland übernommen.

13 europäische NATO-Staaten, nämlich Frankreich, Italien, Spanien, Portugal, Kroatien, Polen, Griechenland, Türkei, Luxemburg, Island, Albanien, Montenegro und Nordmazedonien werden sich nicht an diesem Luftraumverteidigungssystem beteiligen! Die fehlende politische Einigkeit in der EU und NATO zeigt, dass der deutsche Vorstoß die europäischen Sicherheitsinteressen nicht genug berücksichtigt, Partner nicht überzeugt und viele Fragen zur strategischen, militärischen, industriellen und ökonomischen Ebene offen lässt. Soll das Projekt Sky Shield Europas Schutz im Bereich der Luftverteidigung spürbar verbessern, muss Berlin die noch fehlenden Antworten zum strategischen Gleichgewicht und zu militärisch sinnvollen Lösungen geben!

Warum ausgerechnet Österreich bei der Initiative „Sky Shield“ mitmachen will, ist kritisch zu hinterfragen. Beabsichtigt die derzeitige Bundesregierung etwa gar, über eine „Hintertüre“ diesem NATO-Luftverteidigungssystem beizutreten und damit die verfassungsmäßige Verpflichtung unseres Landes zur Aufrechterhaltung und Verteidigung der immerwährenden Neutralität (Art. 9a / B-VG) de facto zu „unterlaufen“?

Höchste Zeit, die Bevölkerung über die Bedeutung der immerwährenden Neutralität für Österreich zu informieren und über die **Faktenlage zum Projekt „Sky Shield“** aufzuklären!

Die Neutralität Österreichs ist ein wichtiger Baustein einer europäischen Friedensordnung und kann in der EU eine wesentliche Stimme des Friedens sein! Anstatt sich am neuen Wettrüsten der NATO zu beteiligen, könnte Österreich mit einer aktiven Friedenspolitik und einer glaubwürdigen ULV viel mehr zur Friedensordnung in Europa beitragen!

Eine Neugestaltung des globalen Entspannungsprozesses ist wichtiger denn je!

Im Vortrag werden auch konkrete Lösungen zur Aufrechterhaltung und Verteidigung der immerwährenden Neutralität angeboten. Nehmen Sie an dieser Veranstaltung teil und nutzen Sie diese Möglichkeit zu einem Blick „hinter die Kulissen“!

**Unterschriftenlisten
gegen die EU-Russland-
Sanktionen siehe
heimat-und-umwelt.at
sowie nfoe.at**

ihu@a1.net - www.heimat-und-umwelt.at - www.oexit.me
www.facebook.com/inge.rauscher.5283

WEGWARTE Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt, 34. Jahrgang, Folge 3, Mai 2024,

Zulassungsnr. "SP20Z042089S", Druck: Hannes Schmitz, 3400 Klosterneuburg, Impressum: Medieninhaber/Herausgeber/Verleger:
Initiative Heimat & Umwelt, 3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5, Tel.: 0664/489 37 97 oder 0664/425 19 35, ihu@a1.net
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 15.05.2024, **Spendenkonto: IBAN: AT366000000007483053, BIC: OPSKATWW**

Eintritt: freie Spende

Vortrag mit Diskussion zum Thema:

Die Bedeutung der immerwährenden Neutralität für unsere Heimat Österreich.

Es spricht:

Bundesheer-Oberst i.R. Gottfried PAUSCH

am **Freitag, 31. Mai 2024**, um **18.30 Uhr**

in **3033 ALTLENGBACH** im Wienerwald,
im Hotel „STEINBERGER“, Hauptstraße 52

Essensmöglichkeit ab 17 Uhr bis Vortragsbeginn.

Bei Übernachtungsbedarf im Hotel bitte rechtzeitig buchen: Tel. 02774/2289.

Veranstalter: Initiative Heimat & Umwelt, Moderatorin: Inge Rauscher - www.1984.at

Friedensgespräche und Info-Stand-Aktionen zur Unterschriftensammlung gegen die EU-Russland-Sanktionen - in ganz Österreich im Juni und Juli

Friedensgespräch / Runder Tisch / Meinungsaustausch:

in Wien: jeden 3. Dienstag im Monat, Beginn 18 Uhr, im Gasthaus Zipfereck, 1120 Wien, Koppreitergasse 6. Näheres 0676/406 54 09

in Vorarlberg: Samstag, 22. Juni, Beginn 17 Uhr, in 6850 Dornbirn, Pfarrheim Schoren, Br. Klaus-Raum, Schorenquelle 5 (Zufahrt über Höchsterstraße), Näheres 0699/144 303 47

im Burgenland: Montag, 8. Juli, Beginn 16 Uhr, in 7000 Eisenstadt, Gasthaus „Haydnbräu“, Pfarrg. 22. Näheres 0699/144 303 47

in der Steiermark: Dienstag, 9. Juli, Beginn 16 Uhr, in 8020 Graz, Gasthaus Lend-Platzl, Lendplatz 11. Näheres 0699/144 303 47

in Kärnten: Mittwoch, 10. Juli, Beginn 16 Uhr, in 9020 Klagenfurt, Café-Lounge im Hotel „Sandwirth“, Pernhartg. 9. Näheres: 0699/144 303 47

in Tirol: Donnerstag, 11. Juli, Beginn 17 Uhr, in 6020 Innsbruck, Gasthaus Tiroler Weinstube, Gumpstr. 38. Näheres 0699/11 62 8644

in Niederösterreich: Mittwoch, 24. Juli, Beginn 16 Uhr, in 3100 St. Pölten, Cityhotel D&C, Völkplatz 1, Seminarraum im 1. Stock. Näheres 0699/144 303 47

in Oberösterreich: Donnerstag, 25. Juli, Beginn 16 Uhr, in 4020 Linz, Cafe „Glockenspiel“, Hauptplatz 18. Näheres 0699/144 303 47

in Salzburg: Freitag, 26. Juli, Beginn 17 Uhr, in 5020 Salzburg-Stadt, Haus „Wartenberg“, Riedenburgerstr. 2 (Beginn Bayernstraße). Näheres: 0699/144 303 47

Organisiert von der mit uns befreundeten Bewegung für ein „Neutrales Freies Österreich“ NFÖ.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme und Mitwirkung!

Info-Stand-Aktionstag:

in Niederösterreich: Montag, 8. Juli, 9 bis 14 Uhr, in 2700 Wr. Neustadt, Ecke Hauptplatz/Neunkirchner Straße, beim „Alten Rathaus“. Näheres 0699/144 303 47

in der Steiermark: Dienstag, 9. Juli, 10 bis 14 Uhr in 8020 Graz, am Jakominiplatz im Rondeau (Verkehrinsel). Näheres 0699/144 303 47

in Kärnten: Mittwoch, 10. Juli, 10 bis 14 Uhr, in 9020 Klagenfurt, am Alten Platz Nähe Pestsäule. Näheres 0699/144 303 47

in Tirol: Donnerstag, 11. Juli, 11 bis 15 Uhr, in 6020 Innsbruck, Maria-Theresien-Straße Nähe Annasäule. Näheres: 0699/144 303 47

in Vorarlberg: Freitag, 12. Juli, 10 bis 14 Uhr, in 6800 Feldkirch, am Marktplatz. Näheres: 0699/144 303 47

in Niederösterreich: Mittwoch, 24. Juli, 9 bis 14 Uhr, in 3100 St. Pölten, am Riemerplatz Nähe Skulptur. Näheres: 0699/144 303 47

in Oberösterreich: Donnerstag, 25. Juli, 9 bis 14 Uhr, in 4020 Linz, am Taubenmarkt beim Brunnen. Näheres 0699/144 303 47

in Salzburg: Freitag, 26. Juli, 10 bis 15 Uhr, in 5020 Salzburg, am Alten Markt zwischen Cafe Tomaselli und Cafe Fürst. Näheres: 0699/144 303 47